



LEHRERINNEN UND LEHRER BERN  
ENSEIGNANTES ET ENSEIGNANTS BERNE



Bern, 16. Februar 2011

## Medienmitteilung

*Personalpolitische Forderungen 2012:*

### **Berner Personalverbände fordern ein gerechtes Lohnsystem und konkurrenzfähige Bedingungen**

**Die Löhne stagnieren, die Belastung steigt, der Kanton verliert an Wettbewerbsfähigkeit: Die Berner Personalverbände fordern dringend Verbesserungen beim Lohnsystem, bei der Gehaltsklasseneinreihung und geregelte Lohnerhöhungen. Gefordert wird ein Lohnsummenwachstum von 2,5 Prozent. Eine kantonale Volksinitiative ist in Planung.**

Die Personalverbände der Angestellten des Kantons Bern verfolgen die Lohnentwicklung in den Bereichen Kantonspersonal (Kantonsverwaltung, Bildungsbereich) und im subventionierten Bereich (Spitäler, Heime, Pflege) mit zunehmender Besorgnis.

Das heutige Lohnsystem hat Mängel, die es zu beseitigen gilt. Die Löhne stagnieren, die Belastung steigt. Das Lohnniveau im Kanton Bern ist im interkantonalen Vergleich nicht genügend konkurrenzfähig. Es droht eine Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte zu anderen vergleichbaren Arbeitgebern innerhalb oder auch ausserhalb des Kantons Bern.

#### **Individuelle Lohnerhöhungen ungenügend**

Die Lohnentwicklung beim Kanton Bern ist seit Jahren ungenügend. Die seit 1993 nicht ausgeglichene Teuerung – in anderen Worten: der Kaufkraftverlust – beträgt 7,4%. Bezüglich der individuellen Lohnmassnahmen hielt der Regierungsrat im Voranschlag für das Jahr 2011 klar und deutlich fest: „Seit der Einführung von BEREBE im Jahre 1997 ist der individuelle Lohnanstieg im Vergleich zum Konkurrenzumfeld ungenügend.“ Die Personalverbände fordern daher Minimalgarantien für den individuellen Lohnanstieg.

#### **Zu tiefe Gehaltsklassen**

Insbesondere das Gesundheitspersonal beklagt seit Jahren eine Einreihung in zu tiefen Gehaltsklassen. Dabei hat eine Bewertungskommission aufgrund einer analytischen Arbeitsplatzbewertung bereits 1991 eine höhere Einreihung vorgeschlagen.

## **Permanente Überlastung**

Während die Lohnperspektive immer weiter nach unten sinkt, steigt die Arbeitsbelastung der bernischen Angestellten stetig an. Insbesondere im Bildungswesen sind der definierte Berufsauftrag und die dafür vorgesehenen Zeitressourcen aus dem Ruder gelaufen. Bereits mit einem 70%-Pensum wird die gesetzlich vorgegebene Jahresarbeitszeit für ein Vollpensum erreicht.

## **Lohnsummenwachstum gefordert**

Weite Teile der Berner Wirtschaft spürten die vergangene Krise nur am Rande. Der Rechnungsabschluss des Kantons ist hervorragend. Deshalb fordern die Personalverbände ein Lohnsummenwachstum von 2,5 Prozent (1,5% für individuelle Massnahmen, voller Ausgleich der Teuerung, 0,2% für gezielte Korrekturen). Matthias Burkhalter, Präsident angestellte bern, Geschäftsführer BSPV rechnet vor: „Ein älterer Mitarbeiter mit 80 Gehaltsstufen, der durch eine neue Kraft mit 10 Gehaltsstufen ersetzt wird, erzeugt einen „Fluktuationsgewinn“ von 70 Gehaltsstufen. Dieser könnte für die verbleibenden Mitarbeitenden eingesetzt werden. Dies geschieht aber nicht. Somit werden konkret die Lohnkosten in der Summe jährlich gesenkt.“

## **Es braucht eine Initiative**

Um ein verlässliches Lohnsystem zu etablieren braucht es gesetzliche Anpassungen. Diese wollen die Personalverbände mit einer Volksinitiative anstossen. „Die Initiative soll sicherstellen“, so Blaise Kropf vom VPOD, „dass Mitarbeitende, welche die Leistungserwartungen und Zielvorgaben erfüllen, jene Lohnerhöhungen erhalten, welche das stufenweise Durchschreiten der gesamten Lohnbandbreite ermöglichen.“

Gefordert wird zudem eine Überprüfung der Gehaltsklasseneinreihung des Gesundheitspersonals. Barbara Dätwyler vom SBK will sicherstellen, „dass die Löhne im Gesundheitswesen interkantonal mithalten können, damit der Kanton Bern attraktiv bleibt. Das gilt gleichermaßen für die Pflegeberufe wie für die Ärztinnen und Ärzte.“

Für Brigitte Gsteiger, Geschäftsführerin von LEBE ist die sofortige Einführung der 5. Ferienwoche für die Lehrerschaft eine wesentliche Forderung. Zudem geht es um eine schnellere Erhöhung der personellen Ressourcen an den bekannten Brennpunkten und die Senkung des Pflichtpensums bei den Lehrpersonen: „Die Überstunden sind bei den Lehrpersonen auf allen Bildungsstufen weiter gestiegen.“

## **Für weitere Auskünfte:**

*Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV, Tel 079 545 56 76*

*Dr. Barbara Dätwyler, Präsidentin SBK Bern, Tel 079 256 26 15*

*Rosmarie Glauser, Geschäftsführerin VSAO Bern, Tel 079 688 86 57*

*Brigitte Gsteiger, Geschäftsführerin LEBE, Tel 031 326 47 44*

*Blaise Kropf, Gewerkschaftssekretär VPOD, Tel 079 263 47 68*